



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: „Behinderung der Pressearbeit ist ein No-Go!“

Olching, 11.01.2022

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Mitglied des Finanzausschusses

Auch im Landkreis Fürstfeldbruck kommt es seit Wochen zu unangemeldeten Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Dabei wurde eine SZ-Fotografin bedrängt und somit die Pressearbeit behindert. Der Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi verurteilt dieses undemokratische Verhalten der Teilnehmenden und plädiert erneut dafür, sich bei aller erlaubten Kritik an Corona-Maßnahmen keine gemeinsame Sache mit Neonazis und Verschwörungsgläubigen zu machen, oder sich für deren Zwecke instrumentalisieren zu lassen.

„Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut in unserem Land“, sagt der 44-jährige Bundestagsabgeordnete. „Alle dürfen ihre Meinung kundtun. Für jede wissenschaftlich fundierte Diskussion und konstruktive Kritik bin ich zu haben.“ Es könne aber nicht sein, dass „sich ausgerechnet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von nichtangemeldeten Demos mehr Rechte herausnehmen als alle anderen. Diese als Spaziergänge umschriebenen und de facto von Verschwörungsgläubigen und Neonazis orchestrierten Demos gefährden alles, was wir schon erreicht haben.“

Harsch kritisiert Schrodi die Aggression gegenüber einer Vertreterin der Presse, die zu Beginn eines „Spazierganges“ angegangen und somit in ihrer Ausübung der Pressearbeit eingeschränkt wurde. „Die Behinderung der Pressearbeit ist ein No-Go! Eine freie Presse ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Wer Journalisten in ihrer Arbeit einschränken möchte, kann kein Demokrat sein.“ Seit Beginn der sogenannten Corona-Demonstrationen kommt es bundesweit immer wieder zu Übergriffen auf Journalisten. Zuletzt berichteten Medienvertreter:innen in den sozialen Netzwerken unter dem Hashtag „AusgebranntePresse“ über ihre Erlebnisse. Des Weiteren erwartet Michael Schrodi, dass die Polizei in Zukunft etwaige Behinderungen und Angriffe auf Journalisten unterbindet. „Mir ist bewusst, dass die Polizei bei diesen Demonstrationen vor großen Herausforderungen steht. Trotzdem müssen jetzt Schutzkonzepte für Journalisten angewendet werden, damit eine freie und sichere Berichterstattung möglich ist.“